

Erscheint
Dienstags und
Freitags.
Zu beziehen
durch alle Post-
anstalten.

Weißeritz-Beitung.

Preis
pro Quartal
10 Ngr.
Inserate die
Spalten-Zeile
8 Pfg.

**Amts- und Anzeige-Blatt der Königlichen Gerichts-Aemter und Stadträthe zu
Dippoldiswalde, Frauenstein und Altenberg.**

Verantwortlicher Redacteur: Carl Sehne in Dippoldiswalde.

Tagesgeschichte.

Dippoldiswalde. Auf Anregung des Frankfurter Centralauschusses haben am 2. Osterfeiertag in allen Theilen und fast allen Orten Deutschlands, wo Vereine für Schleswig-Holstein bestehen, Volksversammlungen in dieser Angelegenheit stattgefunden, um nochmals den Gesinnungen und Erwartungen des deutschen Volkes einen einmütigen Ausdruck zu verleihen. Es waren Resolutionen (die wir weiter unten mittheilen) zur Annahme vorgeschlagen und gedruckt vorher vertheilt worden. Alle Zeitungen melden, daß aller Orten diese Versammlungen äußerst zahlreich besucht waren und mit enthusiastischen Hochs auf Schleswig-Holstein und ein einiges ganzes Deutschland geschlossen wurden. Wir berichten hier namentlich über die Dresdner und Leipziger Versammlung. Die in Dresden wurde im Circus Subr. abgehalten und war von circa 4000 Theilnehmern besucht. Den Vorsitz führte Herr Prof. Wigard. Die Resolutionen, die einstimmig angenommen wurden, lauten wie folgt:

1. Die Herzogthümer Schleswig-Holstein haben das Recht, eng mit einander verbunden, von Dänemark vollständig getrennt, unter ihrem eigenen Fürsten zu leben.
2. Jede Entscheidung, die wider den Willen des Volks über sein Schicksal getroffen wird, jede Uebereinkunft mit fremden Mächten, die das Recht der Herzogthümer preisgibt, ist null und nichtig, ist eine rechtlose Gewaltthat und zugleich ein Verrath an den Interessen und der Ehre Deutschlands.
3. Das deutsche Volk behält sich die Selbstenmachtung seines guten Rechts für jede Zeit vor.
4. Noch immer fehlt uns eine geordnete Vertretung der Nation — ein deutsches Parlament! Deshalb erhebt das Volk unmitttelbar seine Stimme. Wir lassen nicht ab, die nationalen Forderungen beharrlich auszusprechen, die Inhaber der Gewalt zu mahnen und zu warnen.

Die Verhandlungen wurden auf kurze Zeit leider gestört durch zwei Vertreter der „social-democratischen Partei,“ die Herren Bahlreich und Försterling, und wurde letzterer aus dem Locale entfernt.

Die Versammlung in Leipzig war die großartigste, welche in Sachen Schleswig-Holsteins dort abgehalten wurde; Herr Prof. Biedermann führte den Vorsitz in derselben. Ueber die vorliegenden Resolutionen ergriff Herr Professor Buttke das Wort. Er sprach aus, wie das Gefühl der Schmach uns gefangen halte, während die Siege zweier Heere den deutschen Namen zu verherlichen schweigen; der Grund sei, daß einzelne Gewaltige den Volkswillen mißachteten zu dürfen glauben, weil das Volk keine rechte Stimme, kein Parlament und keine rechte Wehr habe; daher stelle man in den Großstaaten das Einvernehmen mit dem Auslande höher, als das Einverständnis mit dem deutschen Volke, das man gern als eine bloße Partei

hinstellen möchte. Demnach sei aber auch zu fürchten, daß große Opfer für einen Kampfspreis hingeopfert würden, welchen Schleswig-Holstein verschmähe, und daß das Ausland über die Geschicke Deutschlands zu Gericht sitzen werde. Die kleinern und mittlern Staaten hätten nicht Umsicht und Kraft genug gezeigt, wie das freilich von Regierungen nicht anders zu erwarten gewesen, die größtentheils noch aus der Zeit der trübsten Reaction stammen; indes hätte man doch immerhin erwarten dürfen, daß sie erkennen würden, wie in der Frage Schleswig-Holsteins zugleich die Frage entschieden werde, ob alle andern deutschen Staaten künftig nur Vasallen von Preußen und Oesterreich sein, ob Deutschland zwischen beiden getheilt werden solle. Begonnen habe die Niederlage der bundestreuen Staaten bereits, als der Feldherr derselben, General v. Hake, vor Rendsburg stillstand und erst beim Bundestag anfragte, wo die Grenze von Holstein sei; fortgesetzt sei die Niederlage worden, als die Preußen und Oesterreicher in Schleswig einrückten und die Mittelstaaten veräußerten, sich mit all ihrer Macht neben sie zu stellen. Bis heute habe der Bund die Anerkennung des Augustenburger nicht fertig bringen können, auch die Stände von Schleswig-Holstein seien noch nicht einberufen, die durch Dänemarks Angriffe zur See gebotene Kriegserklärung seitens des Bundes sei nicht erfolgt. Deshalb habe der Frankfurter Centralauschuss für Schleswig-Holstein eine nochmalige allgemeine Erklärung der Volksmeinung gewünscht.

Auf die Resolutionen selbst eingehend, bezeichnet der Sprecher das Recht des Volks auf ein Parlament als ein unverjährbares, verwahrt sich aber gegen den Schatten eines Parlaments, wie er aus den octroyirten Ständeversammlungen hervorgehen würde. Uebrigens, schloß Professor Buttke, hüte man sich vor Schlawheit, welche den Gegnern nur erwünscht sein würde, und vergesse das alte Recht der Holsteiner nicht, nach welchem sie selbst ihren Herrscher jetzt zu wählen haben.

Nachdem mehrere Anträge gestellt, doch nicht angenommen waren und mehrere Sprecher zu allgemeiner Zufriedenheit sich über die Sachlage verbreitet hatten, erfolgte die Aufforderung des Vorsitzenden, die vom Ausschuss vorgelegten Resolutionen durch Erhebung der Hände und durch ein lautes Ja! anzunehmen und zu bekräftigen; es flogen alle Hände empor, die Versammlung erhob sich und ein mehrtausendstimmiges lautes einmütiges Ja! tönte durch den Saal.

Möge dieser einmütige Ausdruck des Volkswillens — so schloß der Vorsitzende — der heute, wie von hier, von tausend Orten Deutschlands an die Throne und an die Cabinete schlage, dort beachtet